

8002 Zürich, 17.6.2010

Medienmitteilung

zur bevorstehenden KR-Debatte über das Finanzausgleichgesetz (4582a)

Der Kuhhandel ist finanzpolitisch unseriös

Winterthur soll mehr Geld erhalten, dafür werden die reichen Gemeinden geschont. Diesen Kuhhandel im Finanzausgleichgesetz streben Linke und Rechte an. Wir machen da nicht mit, denn der Deal ist finanzpolitisch unseriös. Die Zeche von 20 Mio. jährlich zahlt nämlich der Kanton und der ist bekanntlich ein Sanierungsfall.

Wir werden dafür kämpfen, dass die Vorlage im Gleichgewicht und finanzpolitisch vertretbar bleibt. Zu diesem Zweck haben wir zu **§15** betr. Ressourcenabschöpfung einen **zusätzlichen Antrag** eingereicht.

Wir fordern, dass der Abschöpfungssatz bei 75% festgelegt wird (Vorschlag Regierungsrat) und nicht, wie von der Kommission beantragt bei 70%. Es ist interessant, dass hier die SP mitmacht. Darüber können wir nur staunen.

Weiter fordern wir, dass der Zentrumslastenausgleich zugunsten von Winterthur (§30) wie von der Regierung vorgeschlagen bei 74,6 Mio. Franken festgelegt wird. Weder einer Senkung (SVP) noch einer Erhöhung (Kommission) stimmen wir zu.

Nur so bleibt die Vorlage im Gleichgewicht und finanzpolitisch vertretbar.

Noch mehr als über die SP wundern wir uns über das Gebahren der bürgerlichen San10-Sparpolitiker. Es ist schlicht unseriös, den Regierungsrat bei jeder Gelegenheit zum Sparen aufzufordern, um dann bei nächster Gelegenheit eine jährliche Zusatzbelastung von 30 Mio. Franken zu beschliessen.

Gefallen ist auch die Maske der glp. Sie werfen sich einseitig für die Reichen ins Zeug und zeigen damit vor allem eines: Solidarität und soziale Anliegen sind für sie Fremdwörter.

Patrick Hächler, Mitglied STGK, 044 256 94 11 (Do. erreichbar ab 13 Uhr)
Philipp Kutter, Fraktionspräsident, 078 641 10 31